

BÜCHER

Internationale Pragmatik gegen deutsche Dogmatik

Rezension von: Ronald Schettkat, Jochen Langkau (Hrsg.) *Aufschwung für Deutschland. Plädoyer international renommierter Ökonomen für eine bessere Wirtschaftspolitik*, Verlag J.W.H. Dietz Nachf., Bonn 2007, 242 Seiten, € 16,80.

Das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO) hat seit einem Jahr die Gelegenheit, im Rahmen der Erstellung der Gemeinschaftsdiagnose über die aktuelle wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland eng mit den führenden deutschen Wirtschaftsforschungsinstituten zusammenzuarbeiten. Dabei fällt aus österreichischer Sicht besonders auf, wie wenig pragmatisch und wie eng dogmatisch die Argumentationsführung der überwiegenden Mehrheit der Institute ist, ganz besonders wenn es um Fragen der Wirtschaftspolitik geht. Als weitgehend unbestritten gilt etwa, dass Mindestlöhne in jedem Fall Beschäftigung kosten und dem ökonomischen Sachverstand widersprechen, dass der Arbeitsmarkt weiter dereguliert werden soll und die Löhne in vielen Bereichen zu hoch sind, dass zusätzliche Staatsausgaben etwa zur Stützung der Konjunktur bestenfalls wirkungslos, wahrscheinlich aber schädlich sind, Steuersenkungen hingegen aus grundsätzlichen Erwägungen zu begrüßen sind, oder dass die Geldpolitik keine Effekte auf Wirtschaftswachstum und Beschäftigung hat.

Diese hohe ideologische Überein-

stimmung der deutschen Forschungsinstitute kontrastiert in vielfältiger Weise mit den großen wirtschaftlichen Problemen Deutschlands, die durch den von der Weltkonjunktur bestimmten Aufschwung der Jahre 2006 und 2007 nur kurzfristig in den Hintergrund traten: stagnierende Löhne, schwaches Produktivitätswachstum, hohe Arbeitslosigkeit, zunehmende Ungleichheit, inferiorer Zustand der Infrastruktur und der öffentlichen Dienstleistungen. Zur Lösung dieser Probleme kann wohl nur eine pragmatisch ausgerichtete Wirtschaftsforschung beitragen, die in der Lage ist, unterschiedliche Ziele und Interessen abzuwägen und politisch gangbare Lösungswege vorzuzeichnen und somit der Überwindung des sturen Festhaltens an überkommenen Dogmen verpflichtet ist. Ist dies nicht in Deutschland selbst möglich, so kann vielleicht der wissenschaftliche Blick von außen helfen. Der vorliegende Band liefert diese internationale Sichtweise, acht renommierte Ökonomen und Ökonomen überwiegend aus dem englischsprachigen Raum gehen den wirtschaftlichen Problemen Deutschlands auf die Spur und schlagen pragmatische Lösungen vor.

Robert Solow, MIT, der 1987 den Wirtschaftsnobelpreis für seine Wachstumstheorie erhielt, beanstandet in seinem Beitrag den „extrem und unnötig verengten Fokus der gegenwärtigen Debatte (über makroökonomische Politik)“ (S. 35) in Deutschland. Aufbauend auf dem Befund, dass eine ausschließliche Konzentration auf Reformen des Arbeitsmarktes zu kurz greift, stellt Solow die Bedeutung des Unterschieds zwischen potenziellem

und tatsächlichem Output in den Mittelpunkt. Während der Erste hauptsächlich angebotsseitig bestimmt sei, sei es der Zweite primär nachfrageseitig. Damit ruft er die essenzielle, von wirtschaftspolitischem Diskurs und Praxis in Deutschland aber weithin vernachlässigte Rolle der Nachfrage in Erinnerung. Zwar sei in den letzten Jahren die Exportnachfrage kräftig gewachsen, die Binnennachfrage hingegen war schwach bis rückläufig. Wenn offenbar die ausländische Nachfrage gerne bedient wird, warum, so die zugespitzte Frage Solows, dann nicht auch die inländische? Die makroökonomischen Folgen, nämlich schleppendes Wirtschaftswachstum und hohe Arbeitslosigkeit, sollten eigentlich Anlass zur Abkehr vom praktizierten wirtschaftspolitischen Maßnahmenschema geben. Für eine Wende ist nach Solows kritischer Einschätzung endlich eine ernsthafte und weniger dogmatische Debatte über makroökonomische Politik notwendig.

Paul de Grauwe und Claudia Costa Storti, Katholische Universität Leuven bzw. portugiesische Zentralbank, präsentieren in ihrem Beitrag eine Meta-Analyse von 83 Studien zur Geldpolitik und kommen zum Ergebnis, dass diese sowohl kurz- als auch langfristige Wirkungen auf Wirtschaftswachstum und Beschäftigung hat, ganz besonders in Ländern mit niedriger Inflation. Die Empirie widerspricht somit der monetaristischen Konzeption der Europäischen Zentralbank, die vor allem auf deutsche Ökonomen, besonders Otmar Issing, zurückgeht.

Der Beitrag von Charles Wyplosz, Professor für International Economics am Graduate Institute for International Studies in Genf, geht der Frage nach, wie die Zugehörigkeit zur Währungsunion die Wirtschaftspolitik in

Deutschland beeinflusst. Die unter prägendem deutschen Einfluss erfolgte feste Orientierung der EZB am Ziel der Preisstabilität und die Betonung der Unabhängigkeit der Zentralbank haben zu einer Geldpolitik geführt, die nicht immer für alle Euro-Länder gleichzeitig günstig sein kann. So waren in Deutschland wegen der niedrigen Inflation die Realzinsen zu hoch; die gemeinschaftliche Geldpolitik wirkte also besonders restriktiv. In gewisser Weise, so könnte man Wyplosz interpretieren, sei also Deutschland „selbst schuld“ an der für die deutschen Bedürfnisse nicht adäquaten europäischen Geldpolitik. Gleichzeitig bleibt in der Währungsunion die Fiskalpolitik das einzige makroökonomische Instrument der Stabilisierung (auf nationaler Ebene), sie ist jedoch durch den Stabilitäts- und Wachstumpakt eingeschränkt. Aber nicht nur deshalb, kritisiert Wyplosz, sei sie in den vergangenen Jahren deutlich prozyklisch gewesen. Vielmehr haben die deutschen Regierungen auf „nicht-keynesianische Effekte“ gehofft und mit kontraktiver Fiskalpolitik die Konjunktur abgewürgt, statt aktivierend zu wirken. Wyploszs zusammenfassende Kritik fällt harsch aus: „Die Qualität der Nachfragesteuerung hat sich genau zu dem Zeitpunkt verschlechtert, als das potenzielle Wachstum sich verlangsamte.“ (S. 102) In Anbetracht dessen empfiehlt er der deutschen Wirtschaftspolitik, pragmatischer zu werden, d. h. vor allem den Fokus auf die Angebotsseite zu lockern und sensibler gegenüber der Nachfrageseite zu werden.

Wendy Carlin und David Soskice, University College London bzw. London School of Economics, vergleichen die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland mit jener in Großbritan-

nien und kritisieren die Konzentration der deutschen Wirtschaftspolitik auf die Flexibilisierung der Arbeitsmärkte im Niedriglohnbereich der privaten Dienstleister. Sie zeigen theoretisch, dass die moderne Makroökonomie der Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage eine wesentliche Bedeutung für Wirtschaftswachstum und Beschäftigung beimisst, und empirisch, dass der Wachstumsvorsprung Großbritanniens auch auf unterschiedliche Nachfragerexpansion vor allem infolge unterschiedlicher Entwicklung der Staatsausgaben zurückgehen dürfte. Die von ihnen empfohlene Forschungsagenda sollte Maßnahmen entwickeln, die die Anreize für Frauen, eine Beschäftigung aufzunehmen, verbessern, sowie der Frage nachgehen, welche Probleme in Bezug auf Armut und Bildungsanreize die Förderung eines Niedriglohnssektors haben kann. Sie halten die Auseinandersetzung mit dem Zusammenspiel von mikroökonomischen Fragen der Arbeitsmärkte und der Ausbildung mit makroökonomischen Fragen der unzureichenden gesamtwirtschaftlichen Nachfrage für vordringlich.

Der pointierte Ausruf „Exportweltmeister – na und?“ steht am Anfang des von Adam Posen, Senior Fellow am Institute for International Economics in Washington, D. C., beigesteuerten Kapitels, welches die deutsche Außenhandelspolitik der letzten zehn Jahre unter die Lupe nimmt. Statt der Weltmeisterschaft im Export solle Deutschland, so Posen, lieber die Weltmeisterschaft in der wirtschaftlichen Integration anstreben. Der einseitige Fokus auf den Exporterfolg sei viel zu kurzfristig, insbesondere wenn – wie im Falle Deutschlands – der Erfolg auf Lohndeflation beruht und nicht auf technologischem Vorsprung und

Innovation. Der Schlüssel zu Letzterem liegt laut Posen in einer verstärkten Integration mit Europa und der Weltwirtschaft. Was Deutschland vor allem anderen fehle, sei die reinigende Kraft eines schärferen Wettbewerbswindes, den eine forcierte Liberalisierung und die Zunahme an Importen bewirken würde. Posen hat hierbei insbesondere die lange Frist im Visier. Dabei geht es ihm primär um andere (insbesondere den Außenhandel und die Gütermärkte betreffende) Strukturformen als jenen, die die deutschen Regierungen in jüngerer Vergangenheit mit Priorität auf den Arbeitsmarkt umgesetzt haben.

Auch Richard Freeman, Harvard University, plädiert für wirtschaftspolitische Reformen in Richtung einer Ausweitung des weiblichen Arbeitskräfteangebots durch einen Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen und ein Ende des Ehegattensplittings im Steuersystem, sowie einer Stimulierung der Inlandsnachfrage.

In seiner dem Sammelband vorangestellten Zusammenfassung fasst einer der Herausgeber, Ronald Schettkat, Bergische Universität Wuppertal, die Empfehlungen der internationalen Fachwelt an die deutsche Wirtschaftsforschung und Wirtschaftspolitik eindringlich und überzeugend zusammen: Angebotspolitik ist für die Bewältigung der wirtschaftlichen und sozialen Probleme in Deutschland wichtig. Sie sollte sich aber von der einseitigen Deregulierung des Arbeitsmarktes abwenden und stärker auf offensive Elemente wie den Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen und des Bildungssystems setzen. Erfolgreich kann Angebotspolitik allerdings nur in Kombination mit aktiver Nachfragepolitik sein, die expansiv wirkt.

Aus österreichischer Sicht sind diese

Empfehlungen wenig neu. Hierzulande hat sich allerdings eine makroökonomische Sichtweise, die die Rolle der effektiven Nachfrage für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung nicht vernachlässigt, in den Arbeiterkammern, der Nationalbank, dem WIFO und anderen Institutionen, ja sogar an den Universitäten, viel länger gehalten als in den entsprechenden Institutionen

beim deutschen Nachbarn. Die wirtschaftlichen und sozialen Probleme Deutschlands zeigen ebenso wie die wissenschaftliche Analyse und wirtschaftspolitischen Empfehlungen der internationalen ökonomischen Fachleute, wie wichtig es ist, diese Tradition aufrechtzuerhalten.

Thomas Bernhardt,
Markus Marterbauer